

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 7, und durch Postportale zu beziehen. Preis pro Monat 25 Wfr., für 3 Monate 75 Wfr., für 6 Monate 130 Wfr., durch die Post bezogen 140 Wfr., frei ins Haus 155 Wfr., mit Jahres Post am Orte 180 Wfr.

Kriegsentscheidungsberichte für die einfache, Colonienzeit ab dem 1. August 1917. Preis 1.50 Wfr. Doppeltunter Text 1.50 Wfr. Auf. für Arbeitskraft, Wohnung, Heizung u. 20 Wfr. Familien-Nachrichten 25 Wfr. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 5 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 229.

Breslau, Montag, den 1. Oktober 1917.

28. Jahrgang.

Hoffnung auf Verhandlungen.

Das Echo der Kanzlerrede.

Es gibt jetzt nur noch die eine große, lange Frage, die viele Millionen von Menschen in allen Ländern erfüllt, nämlich, ob der vierte Kriegswinter mit allen Leiden und Entbehrungen und der Fortsetzung der Schlägerei im Jahre 1918 vermieden werden kann oder nicht. Deshalb hätte der deutsche Kanzler seine Aufgabe darin erblicken müssen, noch schärfer herauszuheben, daß die Schuld an einem weiteren Winterfeldzuge nicht in Deutschlands Verhalten zu suchen ist und er hätte seine Zugeständnisse offen betonen müssen.

Aber den Kernpunkt der Erklärungen des Reichskanzlers bildete die Ablehnung jeder weiteren öffentlichen Erklärung über Deutschlands Kriegsziele. Jede derartige einseitige öffentliche Festlegung würde nach seiner Meinung Deutschland nur schädigen; die Feinde würden sie als Zeichen wachsender Schwäche auslegen und vor allem als vollkommen selbstverständlich und wertlos buchen, um sofort neue und weitergehende Forderungen zu erheben. Eine solche öffentliche Festlegung ohne alle Gegenleistungen würde jeder diplomatischen Technik so vollkommen widersprechen, daß selbst ruhigere Beurteiler darin ein Zeichen für Deutschlands Verlegenheit erblicken müßten und würde deshalb lediglich Kriegsverlängernd wirken.

Wer jedoch nicht blind und taub ist, der weiß, daß in einem sorgsam vorbereiteten Krouat beschlossen worden ist, die zur Räumung Belgiens gegen entsprechende Entschädigungen insbesondere auf kolonialen Gebiet bereit zu erklären. In der Sache sind sich darüber offenbar auch die Entente-Regierungen klar. Warum also erwidert man ihnen das Geschenk der Aufhebung ihrer Völker durch Zurückhaltung und

Zweideutigkeit? Die Aufnahme der deutschen Reden in der feindlichen und der neutralen Presse zeigt zur Genüge, daß ihnen eine friedensfördernde Kraft nicht innewohnt. In England sagt man, daß Michailis die geöffnete Friedensstür wieder geschlossen habe und auch die holländischen Blätter konstatieren überwiegend, die Reden haben enttäuscht, weil sie nichts Bestimmtes brachten. Einige gehen soweit, zu sagen, der Freitag war für die Friedensfreunde ein schwarzer Tag. Wie aber erklärt sich nach der mehrfach betonten Friedensbereitschaft und nach ihrem zweifellosen Verzicht auf Belgien das Verhalten der Regierung? Sie scheint ziemlich bestimmt zu hoffen, es werde noch vor dem Winterfeldzug zu Verhandlungen kommen. Sie will diese Verhandlungen auch und hält die von ihr eingeschlagene Taktik für die richtige, um zu ihnen zu gelangen. Sie hält wohl Kuplaubs inneren Zerfall für so erheblich, daß von dort keine Gefahr mehr droht. Sie rechnet mit den schnell wachsenden Schwierigkeiten der Kohlenversorgung und Lebensmittelversorgung in Italien und Frankreich und mit ihren politischen Wirkungen auf die inneren Zustände dieser Länder. Und sie folgt jenen englischen Rechnern, die Amerikas Hilfe noch 7 bis 8 Monate in der Ferne sehen und diese 7 bis 8 Monate Unterseeboote mit äußerst bedenklichem Gesicht betrachten. Und aus alledem zieht sie den Schluss: man wird verhandeln und unsere Unterhändler sollen nicht durch öffentliche Verzichte in eine unangünstige Lage kommen.

Mit Recht meint der „Vorwärts“, die Herren Michailis und Kuplaub mögen sich vorheben, daß sie keine falsche Rechnung aufmachen. Auch die Gegner haben einmal in ähnlichen Berechnungen geschwelgt und sind bitter enttäuscht worden. Als sie das Friedensangebot des 12. Dezember 1916 ablehnten, rechneten sie auch, daß das Frühjahr 1917 ihnen den militärischen

Sieg und Deutschland den wirtschaftlichen Zusammenbruch bringen müsse — sie verrechneten sich. Ihre militärische Lage ist heute kein Haar anders als vor einem Jahre. Wären wir uns vor gleichen Erfahrungen! Galtten wir nicht mit Zugeständnissen zurück in der Erwartung, daß die anderen kommen müssen! Gehen wir auf halbem Wege entgegen und sagen wir offen, was wir geben wollen und was wir nicht geben können, dann fördern wir die Friedensbereitschaft der anderen Völker und haben die meiste Aussicht, uns und der Welt das Grauen des vierten Kriegswinters zu ersparen.

Es ist kein Geheimnis, daß die deutsche Regierung zuversichtlich an einen nahen Frieden glaubt. Mißtrauische Leute könnten meinen, diese Zuversicht sei bloß zur Schau getragen, um die friedenssehnsüchtigen Massen zu trösten und zu beruhigen. Nehlich wird es ja auch bei Gewaltmärschen gemacht, wo die Offiziere die ermattenden Mannschaften ermuntern mit dem Trost, nun dauere es nur noch eine kurze Weile, und dann sei man am Ziel. Diesmal aber handelt es sich nicht um einen billigen Trost, sondern die Führer selbst glauben fest und bestimmt an das, was sie sagen. Der Friedensoptimismus der Regierung ist nicht nur zur Schau getragen, sondern er ist tief und echt.

Wir können uns in der gegenwärtigen trüben Zeit keinen besseren Führer unserer auswärtigen Politik denken als einen Optimisten. Nur eines darf er nicht: Er darf nicht enttäuschen! Wenn die Entwidlung zum Frieden nicht bald sichtbare Fortschritte macht, dann wird die gegenwärtige Regierung in ein Kreuzfeuer von Angriffen geraten, und das allgemeine Urteil über ihre anstehende fröhliche Leichtgläubigkeit müßte für sie vernichtend sein. Einstweilen wollen wir hoffen, daß sie ihre Zuversicht nicht täuscht.

Die Verpflegung der Soldaten.

Erhöhung der Soldatenlöhnung.

Der Hauptausschuß des Reichstages nahm am Sonnabend einstimmig einen sozialdemokratischen Antrag an, der den Reichskanzler ersucht, eine anderweitige Festsetzung der Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere herbeizuführen, und zwar nach folgenden Richtlinien:

- a) Unteroffiziere erhalten nach einer als Unteroffizier gerechneten Kriegsdienstzeit von achtzehn Monaten eine Erhöhung der Löhnung um 20 vom Hundert.
- b) Gefreite nach dem eine nach einer Kriegsdienstzeit von zwei Jahren 40 vom Hundert und nach einer Kriegsdienstzeit von drei Jahren 50 vom Hundert Erhöhung der für sie zukünftigen Löhnung.
- c) Besondere Zulagen, die für bestimmte Funktionen bezahlt werden, dürfen auf diese Erhöhung nicht angerechnet werden. Ebenso bezieht der Ausschuß einmütig die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Unteroffizieren, die das den Mannschaften zustehende Budget noch nicht erhalten haben, dieses nachträglich gewährt wird.

Wenn die Regierung die Beschlüsse des Reichstages beitrifft, dann würde der Soldat im Felde

nach 1 Dienstjahr	64 Wfr. pro Tag
" 2 Dienstjahren	75 " " "
" 3 " " "	80 " " "

erhalten, die Angehörigen immobilier Truppenteile:

nach 1 Dienstjahr	40 Wfr. pro Tag
" 2 Dienstjahren	45 " " "
" 3 " " "	50 " " "

Die Haltung der Regierung dazu soll in wenigen Tagen mitgeteilt werden. Der Sold der Gefreiten und Unteroffiziere soll in gleichem Grade erhöht werden.

Bei der Besoldungsdebatte

wendet sich Abg. Stücken (Sozialdemokrat) gegen die Regierung, die offenbar die Soldaten als Objekt für am liebsten für anzuwendende Sparmaßnahme betrachtet. Die unerschöpfliche ist unerschöpflich reichlicher den realistischen Leistungen, die von den Soldaten gefordert werden. Man habe einfach kein Verständnis dafür, daß ein reichlich besoldeter junger Leutnant im Monat 200 resp. 310 Mark bekommt, während man den Leutnant

findet. In großen jungen besandete Städten kann die Wirtschaft im Kantinenwesen und forderte ein Verbot, die Lebensmittel der Kantinen ohne Wissen und Willen der Mannschaften, in Kriegszustand anzuliegen oder die Kosten von Sportstätten aus diesen Lebensmittel zu bestreiten.

Abg. Erzberger (Ztr.) forderte, daß die Löhnungserhöhung vom 1. November 1917 an durchgeführt sein müsse, sonst müsse man dazu greifen, die Gehälter der Offiziere zu beschneiden. Die Kantinen würde man am besten gemeinschaftlich betreiben und keine Lebensmittel machen.

General v. Ewen erklärte, daß das Kriegsministerium nichts gegen eine Erhöhung der Löhnung einzuwenden habe. Bei der Zeichnung für die Kriegsanleihe sei jeder Zwang verboten worden.

Die Beschlüsse sind nebststehend angeführt. Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen, hoffentlich tritt ihm die Regierung bei.

Die alten Leute und die Familienväter.

Der Hauptausschuß des Reichstages nahm am Sonnabend folgende Entschlüsse an, die von den Sozialdemokraten beantragt waren:

- 1. Mit Beurlaubung untüchtig die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienst herbeizuführen.
- 2. Maßnahmen zu ergreifen, daß dort wo Vater und Söhne an der Front stehen, der Vater auf Verlangen aus der Feuerlinie zurückgezogen wird.
- 3. Mannschaften und Unteroffiziere während der Dauer des Krieges in regelmäßigen Zeitabschnitten Urlaub zu gewähren.

In der Besprechung erklärt Oberst von Wriedberg die Entlassung der beiden älteren Jahrgänge als unmöglich wegen des Mannschaffsbedarfes für die großen besetzten Gebiete. Abg. Stücken (Sozialdemokrat) begründet den Antrag auf scheinbare Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienst. Die Verlagerung der Wehrpflicht hätte statt durch einfache Zurückhaltung der Mannschaften, durch Geheiß eingeführt werden müssen. In Bayern sind diese beiden Jahrgänge bereits entlassen. Wenn Vater und Söhne gleichzeitig im Felde stehen, so sollte man die Väter beurlauben. Für Kriegszustand müßte ein Recht auf Urlaub geschaffen werden. Der streuge Krieg ist zu befrachten. Oberst von Wriedberg: Einem Recht auf Urlaub stünde die militärische Lage im Wege. Es besteht, wie allgemein anerkannt wird, nur die besten Absichten, in Einzelfällen und auf besondere Weise geholfen zu werden. Es ist aber in einem Willensbereich unmöglich. Die alten Leute

würden durchweg hinter der Front beschäftigt. (Es ist der Herr Minister sehr im Fortum!)

Abg. Stücken (Sozialdemokrat): Disziplinär- und andere Strafen dürfen keinen Grund zur Urlaubsbewergerung geben.

Kriegsminister v. Stein: Die Armees und nicht der Kompagnieführer bestimmen, wieviel Urlaub erteilt werden soll. Die Durchführung der Urlaubsbestimmungen begegnet ungeheuren Schwierigkeiten bei dem festen Wechsel in den Führerstellen. Die korrekte Disziplinierung ist ungeheuer schwer. Leider wird auf die alten Jahrgänge nicht verzichtet werden können.

Trotz dieser Einwände wurde der obige Beschluß des Ausschusses gefaßt, mit dem sich die Regierung jetzt wird beschäftigen müssen.

Die Verpflegung des Heeres.

Von D. Stücken, M. b. N.

Die den Soldaten im Felde zustehenden Rationen sind in der Kriegsverpflegungsvorschrift niedergelegt, die einen Unterschied zwischen Mann und Offizier nicht kennt. Die dort vorgesehenen Rationen sind reichlich bemessen, so daß in den ersten Monaten des Krieges über das Ausmaß an Lebensmitteln nicht geklagt wurde, höchstens über die Art der Zubereitung, die vielfach nicht gerade in den geübtesten Händen lag. Es ist auch gar nicht zu bestreiten, und im Reichstag ist es auch von sozialdemokratischer Seite offen anerkannt worden, daß die Heeresverwaltung immer von dem Bestreben geleitet war, nur Lebensmittel von tadelloser Beschaffenheit zu liefern. Sie konnte das, weil sie an bestimmte Preise nicht gebunden war. Sie mußte es aber auch tun, weil der Zustand der Truppenverpflegung im engsten Zusammenhang mit der Schlagfertigkeit und Widerstandskraft des Heeres steht.

Leider konnten sich die reichlich bemessenen Rationen der Kriegsverpflegungsvorschrift bei der langen Dauer des Krieges nicht anrecht erhalten lassen. Wohl am schwersten empfunden wurde die bei den Truppen in der Heimat vorgenommene Herabsetzung der Ration von 750 Gramm auf 500 Gramm täglich. Mit dem Protokoll vom 5. Bfg. für die folgenden 250 Gramm war den Soldaten nicht geboten, erlassen konnten sie sich mangels Brotkartens Brot nicht kaufen und zweitens henden die 5 Bfg. Entschädigung in keinem Verhältnis zu den erheblich gesteigerten Preisen.

Dazu kam noch, daß der Mangel an Lebensmitteln nicht nur auch an der Heimat nicht nur in der Heimat, sondern auch in den Kolonialländern in unangenehmer Weise

Die Konflikte in Russland.

Die rote Flagge am Schiff.

Berlin, 1. Oktober. Die Matrosen der russischen Ostsee-Flotte beschloffen, auf allen Kreuzfahrern zu bleiben...

Die demokratische Konferenz.

Petersburg, 29. September. Nach einer Weisung der Petersburger Telegraphen-Agentur eröffnete der frühere Reichsminister...

Der frühere Justizminister Faruhy sprach von der Stellungnahme der Rabatten gegenüber Kornilow und erklärte, daß sie sich ehrenhaft verhalten hätten...

Der Abgeordnete aller Frontanschlässe, Kutschin, hielt eine lange Rede, in der er sagte, daß Land kann nicht gereitet werden, wenn die Kampffähigkeit des Heeres nicht wieder hergestellt werde.

Der militärische Abgeordnete Mjostinski stellte die peinliche Lage im Heere fest und empfahl einige praktische Maßnahmen zu einer Wiedergeburt...

Der Kriegsminister Wershowsky leitete die Aufmerksamkeit der Versammlung darauf, daß die Armee, obgleich die Ernte dieses Jahres reichlicher sei als voriges Jahr...

Die Vertreter der verschiedenen Armeen und der Flotte, die nach ihm sprachen, betonten sämtlich die Notwendigkeit einer starken Staatsgewalt...

Mit oder ohne Rabatten?

London, 29. September. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg vom 28. September: Die Menschewiki haben sich mit 81 gegen 77 Stimmen für eine Koalition mit den bürgerlichen Abgeordneten ausgesprochen...

Der Konflikt mit Finnland.

Petersburg, 30. September. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Helsinki: Nach Abnahme der Siegel von den Akten zum Sitzungssaal des Landtages...

Eine russische Antwort.

Petersburg, 29. September. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der (gewesene) Minister des Inneren...

Nörungen ob: Die Antworter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf die Popstnote betreffen, daß unsere Feinde bei der Weigerung...

Der Württler sprach dann von den letzten Verhandlungen Deutschlands, von der holländischen Frage...

Eine falsche Note über Belgien.

Bern, 29. September. (S. L. B.) Nachdem die französische Presse mehrere Tage über die angebliche deutsche Verbalnote bezüglich Belgiens in allen Tonarten geschimpft hatte...

Ein verständiger Beschluß.

Berlin, 29. September. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hatte in Aussicht genommen, an den Generalfeldmarschall von Hindenburg zu seinem 70. Geburtstag eine Glückwunschkarte zu richten...

Bericht.

Berlin, 29. September. Neue Unterseebootverfolger im Arnet-Kanal und im Atlantischen Ozean: Vier Dampfer, acht Segler, ein Hilfsfahrzeug...

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 29. September. (Amlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 22 000 Brutto-Register-Tonnen verlesen...

Meine Kriegsbulletin.

Die deutschen Depeschen. Lansing übergab dem amerikanischen Vizekonsul die vollständige Sammlung der kriegsbulletin Depeschen, ungefähr 1000...

Zu den Wahlen in Schweden. In verschiedenen Blättern heißt es, daß der König von Schweden die Lösung der Kabinettsfrage vielleicht erst nach den Reichstagswahlen...

Kämpfe in Mesopotamien. Das Frigateamt meldet: Am 25. September sind zwei englische Kreuzer aufgetaucht, um eine Aufklärungsfahrt nach dem Tigris nördlich von Samarra zu machen...

Verteilung gegen Genuesen. Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mittelt, ist eine neue französische Schandtat an menschlichen Kriegsgefangenen and Tagelohnern...

Parteiangelegenheiten.

Zu den Parteidebatten. Auf der Wahlkreis-Konferenz des Reiches Meiningen II hat der Abgeordnete des Reiches Genosse Reichhaus, eine Rede über die politische Lage gehalten...

Was die Haltung der „Unabhängigen“ anlaßt, die diese bei der Behandlung der Friedensresolution im Reichstag an den Tag gelegt, so mußte er dieselbe als arbeitserfeindlich bezeichnen...

Redner meint, daß die Antwort der Regierung auf die Popstnote, die Notwendigkeit der Abschaffung und des Schiedsgerichtsverfahrens anerkennt...

Die letzten Verhandlungen richteten sich offenbar gegen die dem Abgeordneten Reichhaus nahestehende „Friedens-Tribüne“, die ohne die Friedenssache im geringsten zu fördern...

Die „Unabhängigen“ des Reichstages rechnen mit dem Beitritt um 50 Prozent zu hoch angelegten haben. Das selbst ist ein Vergleich mit den Beiträgen in allen Orten...

Unabhängige Hindenburg-Gehrung und Wirksamkeit für die Kriegsanleihe.

Der letzte Stadtvorordnetenversammlung in Hörsching b. Solingen lag ein Antrag vor, zur Förderung der 7. Kriegsanleihe Kriegsanleiheparaphen anzugeben...

Breslauer Orchester-Verein.

Es ist der vierte Kriegsjahr, in den das erste und vornehmste Institut unserer Stadt tritt. Der Krieg hat auch aus den Reihen der Musiker seine Opfer gezeichnet...

Stadt-Theater.

„Fas und Zimmermann“ von A. Vorhing.

Drei Neubesetzungen führten uns am Sonnabend zu einer Wiederholungsauflührung dieser köstlichen, humordurchtränkten Oper...

Lobe-Theater.

„Romio und Julia“.

Francis-Play in 5 Akten von William Shakespeare. Auf der neuen Shakespeare-Bühne sollte sich diesmal nach den Ankündigungen der Direktion das herbe Geschick des unglücklichen Liebespaars abspielen...

Aus aller Welt.

Zugentleistung durch Raupen. Die Raupenplage, die in Berlin in diesem Jahre sich so unangenehm fühlbar machte, ist auch in anderen Gegenden außerordentlich stark...

Waldbreitmäße. Europa besitzt eine Waldfläche von 303 1/2 Millionen Hektar, Kanada allein aber mehr als 323 Millionen Hektar...

Erhöhung des Zeitungspreises im Straßenverkauf!

Eine neue sehr beträchtliche Erhöhung des Papierpreises zwingt alle Breslauer Zeitungen, darunter auch die „Volkswacht“, den Preis für die Einzelnummer von heute ab

im Straßenverkauf auf 10 Pfg.

zu erhöhen. Wir bebauern, zu dieser Erhöhung durch die Kriegsausgaben genötigt zu sein und raten den künftigen Lesern unseres Blattes, ein Abonnement der „Volkswacht“ in unserer Expedition aufzugeben, das wöchentlich nur 25 Pfennige ausmacht. Auch wenn wir im Laufe der Zeit durch die dauernden Preissteigerungen genötigt sein sollten, den Abonnementspreis noch etwas heranzusetzen, wird er doch immer weit unter dem Preise des Einzelverkaufs bleiben, der zwischen 5 und 10 Pfennigen eine Mittelstufe aus praktischen Gründen nicht zuläßt. Von Montag an kostet also die „Volkswacht“

10 Pfennige im Einzelverkauf,
25 Pfennige im Wochenabonnement.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. Oktober.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend: Mitglieder-Versammlung im Hauptrestaurant des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Der Deutsche Parteitag 1917. Redner: Genosse Löbe. 2. Freie Aussprache. 3. Wahl von Delegierten zum Parteitag. Wir bitten alle Genossinnen und Genossen um zahlreichem Besuch dieser überaus wichtigen Versammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich 8 1/4 Uhr eröffnet. Der Vorstand.

Erhöhung der Wehrunterstützung vom 1. November ab.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat am Sonnabend einstimmig einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, nach dem die Wehrunterstützung erhöht werden soll

für Frauen von 20 auf 30 Mark
„ Kinder „ 10 „ 15 „
„ Mütter „ 10 „ 15 „
im Monat.

Eine Zustimmung der Regierung zu diesen Säzen liegt noch nicht vor, doch erklärte sich Unterstaatssekretär Wallraf mit Erhöhung der Unterstützung einverstanden. Nur die Höhe selbst sollen noch nachgeprüft werden, doch wird die Erhöhung zeitig genug vor Eintritt des Winters, spätestens am 1. November, eintreten.

Antrag auf Erhöhung der Hinterbliebenenrenten.

Die Sozialdemokraten haben im Haushaltsausschuß des Reichstages den Antrag eingebracht, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Militärhinterbliebenenrenten wesentlich erhöht werden.

Die Massenpetition

der Kriegsbeschädigten an den Reichstag

Wie wir erfahren, im Gange. Gestützt auf die überaus beträchtlichen Ergebnisse, die eine im Rheinland aufgenommene Statistik über die wirtschaftliche Lage der erwerbsunfähigen Kriegsinvaliden ergeben hat, sowie auf eigene Beobachtungen und Erfahrungen, hat eine Gruppe von Kriegsbeschädigten eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der baldige erhebliche Erhöhung der Kriegrenten gefordert wird. Für diese Eingabe werden weitere Unterschriften gesammelt. Kriegsbeschädigte, die sich anschließen wollen, können Petitionskarten kostenlos beziehen von der Geschäftsstelle der Kriegsbeschädigten, Berlin SW. 68, Lindenstr. 114, III.

Neue Feuerungszulagen an städtische Beamte und Angestellte.

Die bereits angelegentlich Vorlage des Magistrats über weitere Feuerungszulagen an die städtischen Beamten und Angestellten liegt den Stadtverordneten nunmehr vor und wird am nächsten Donnerstag zur Verhandlung kommen. Der Magistrat beantragt, die bis zum 31. September bewilligten Mittel zu Familienbeihilfen an Beamte, Lehrer der Fach-, Fortbildungsschulen und militärischen Schulen, nicht im Arbeiterverhältnis und nicht nur vorübergehend auf Dienstvertrag angenommenen Personen bis zum 31. März 1918 weiter gewährt werden. Außerdem sollen sie vom 1. Juli 1917 an Kriegsfeuerungszulagen erhalten. Die Familienbeihilfen sollen nunmehr auch den Beamten von 5000 bis 8000 Mark gezahlt werden. Die Kosten der Feuerungszulagen sind auf 975.000 Mark an die Beamten und auf 20.000 Mark an das Lehrpersonal veranschlagt.

Für die städtischen Arbeiter beantragt der Magistrat, die bis zum 30. September gewährten Lohnzulagen bis zum 31. März 1918 zu gewähren. Wegen einer Aufhebung der Lohn der vorübergehend angenommenen Hilfskräfte und der städtischen Arbeiter wird der Magistrat noch einen besonderen Antrag stellen und ebenso wegen einer Erhöhung der Zuschläge an Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Liste der Arbeiterinnen.

20 Prozent auf die Kohlenbezugsgeld bis 31. Oktober.

Der Magistrat macht bekannt, auf die Kohlenbezugsgeld darf jetzt bis 31. Oktober 1917 nur ein Fünftel der zugebilligten Kohlenmenge geliefert werden, mit der Maßgabe jedoch, daß in jedem Falle auf den Bezugsgeld bis 15 Zentner geliefert und entnommen werden dürfen.

Kohlen um 12 Pfennige teurer!

Die Oberschlesische Kohlenkonvention hat beschlossen, vom 1. Oktober ab den Preis für die Tonne Kohle um 2 Mark zu erhöhen, dazu treten noch 20 Prozent Kohlensteuer. Daraus ergibt sich für die in Breslau geltenden Kleinhandelspreise eine Erhöhung von 0,12 M. für einen Zentner jeder Sorte Kohlen.

Die Bekanntmachung dieser Preiserhöhung durch den Magistrat steht unmittelbar bevor.

In dieser Woche später Fleischausgabe.

Wie der Magistrat bekanntmacht, erhalten in dieser Woche die Fleischer erst Donnerstag und Freitag das nötige Fleisch, wobei die Haushaltungen damit erst Ende der Woche versorgt werden können. Schweinefleisch steht nur ganz wenig zur Verfügung, etwa 5 Prozent der Gesamtmenge an Fleisch.

Schweine-Zwischenzählung am 15. Oktober.

Der Bundesrat hat für den 15. Oktober 1917 eine Schweine-zwischenzählung angeordnet, bei der die Schweine genau so wie bei der vierteljährlichen sogenannten kleinen Viehzählungen zu zählen sind. Die Zählung ist nötig, damit man, wie das Kriegsernährungsamt schreibt, schon vor Eintritt des Winters Klarheit über die vorhandenen Bestände gewinnt, um beurteilen zu können, ob die bisherigen Maßnahmen, welche die Bestände den Futtermittelvorräten anpassen sollen, ihren Zweck erfüllen.

Bei der Notwendigkeit, daß im Reichsweber zu viel Schweine gehalten werden, was zu verbotenen Verfütterungen führen würde, nach die Bestände abzurufen, was die Fleischversorgung sehr erschweren würde, ist die Zählung von großer Bedeutung. Es ist dringend erforderlich, daß sie so richtig und vollständig wie möglich erfolgt.

In dieser Woche 8 Pfund Kartoffeln.

In dieser Woche bekommen wir 8 Pfund Kartoffeln, auf die Kartoffelmarken Nr. 103 und 104 je 3 Pfund, auf die Lebensmittelkarte Nr. 20 vom 3. Oktober an 2 Pfund. Außerdem gibt es Kartoffeln auf die graue Kartoffel-Zusatzkarte Z 53 (2 Pfund), auf die graue Kartoffel-Zusatzkarte Z 58 (2 Pfund) und auf die braune Nährmittelkarte 37 (2 Pfund).

Kartoffeln für Gast-, Schank- und Speisewirtschaften.

Nach Gast-, Schank- und Speisewirtschaften können sich mit Winterkartoffeln eindecken. Näheres darüber bringt eine Bekanntmachung der städtischen Kartoffelstelle im heutigen Anzeigenteil. Sowohl im Bureau der Stadtkartoffelstelle, Blücherplatz Nr. 16, II, wie auch in den Abfertigungsstellen, wo die Bezugsgeldscheine für die Kartoffelbezug abgestempelt werden, sind besondere Ausschussstellen eingerichtet worden, die über jede Frage der Selbstbedeckung Auskunft erteilen.

Für Kartoffelerzeuger.

Die genaue Feststellung der diesjährigen Kartoffelernte ist eine unentbehrliche Grundlage für unser wirtschaftliches Durchhalten. Die Kartoffelerzeuger mit über 200 Quadratmeter Anbaufläche seien darauf hingewiesen, daß sie nach einer Anordnung der Reichskartoffelstelle verpflichtet sind, die täglich geernteten Gewichtsmengen in eine Liste einzutragen. Die Vorbrücke für diese Listen sind in der Stadtkartoffelstelle zu erhalten.

Der Höchstpreis für Kohlrabi

Im Breslauer Kleinhandel ist vom Magistrat auf 23 Pfg. für ein Pfund festgesetzt worden. Dieser Höchstpreis gilt vom 6. Oktober 1917 an für marktfrische Ware ohne Laub.

Gaspreiserhöhung.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Kriegszuschlag auf Heiz- und Betriebsgas von 20 auf 40 Prozent erhöht wird. Begründet wird der Antrag hauptsächlich mit der Kohlenpreiserhöhung.

Das Kohlen-Ausfuhrverbot aufgehoben.

Der Kommandant von Breslau hat sein Verbot der Ausfuhr von Kohlen, Breitsch und Koks aus dem Stadtkreise Breslau aufgehoben.

Neue Höchstpreise für Selterwasser und Branntweinaden.

Vom 1. Oktober 1917 an dürfen die Verkaufspreise im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe (einschließlich Cafes, Konditoreien etc.) für die 1/2 Literfäßliche Selterwasser 20 Pfg., für die 1/2 Literfäßliche Branntweinade 30 Pfg. nicht überschreiten. Der Flaschen anderer Größe gelten die dieser Grundlage entsprechenden Preise. Näheres im Anzeigenteil.

Zur Beschlagnahme von Säffern

macht der Magistrat bekannt, daß ihm in gewissen Fällen die Entscheidung über die Beschlagnahme übertragen worden ist. (Siehe Anzeigenteil.)

Die Oderschiffahrt.

Neben die betungene Woche schreibt der Breslauer Schiffsahrtsverein u. a.: Bei dem Ausbleiben kaiserlicher Niederschläge hat die unangenehme Lage im Oberberetche auch während der Berichtwoche keine Veränderung erfahren. An der hiesigen Unterflöße können an mehreren Tagen der abgegangenen Woche Schiffe nur mit einem Zielgang von 0,70 Meter geschlossen werden; infolgedessen war der Breslauer Durchgang ein ganz unangenehmer: zu 25 beladene und 8 leere Schiffe, zu Berg 2 beladene und 11 leere Schiffe. Das Umschlaggeschick in den oberen Lagen ruht seit vollständig. Die Frachtlage ist unverbesserlich.

Mit dem 1. Oktober tritt das neue Verkehrssteuergesetz in Kraft, das eine Erhöhung des Verkehrssteuersatzes von 10 auf 15 Prozent vorsieht, was auch die Verkehrssteuern im Laufe des Jahres bemerkbar machen wird.

Ueber Lebensmittelmarken beim Dienstbotenwechsel erläßt die Stadtverteilungsstelle heute eine Bekanntmachung. Näheres im Anzeigenteil.

Publikum und Höchstpreise.

Der Bauer Carl Henrichel aus Bannwitz hat in einem Geschäft in der Gartenstraße mehrere Körbe Bienen zum Kauf an und forderie für das Pfund 50 Pfg., obwohl der Höchstpreis nur 40 Pfg. beträgt. Ein Angehöriger des Geschäfts versuchte nun den Namen des Bauern durch einen Schuppenmann festzustellen, wobei ihm ein Herr behilflich sein wollte. Das angelammelte Publikum ergriff Partei für den Bauer und versuchte die Feststellung des Namens zu verhindern. Eine Frau bot den beiden Männern sogar Brägel an mit den Worten: „Die Händler sind noch gefährlicher wie die Bauern, die bringen uns noch etwas, während die Händler es verkaufen.“ Schmunzelnd zog der Bauer von dannen.

Diebstähle auf den Güterbahnhöfen.

Seit längerer Zeit werden vom Publikum Klagen laut, daß Frachtkübel vielfach beraubt werden. In letzter Zeit werden auch Einbrüche in Waggons begangen.

So wurden am 28. September zwei Waggons mit Obst beraubt. Die Diebe, die durch die Luftlöcher einsteigen, raubten aus einem Wagen 7 Zentner, aus dem andern 5 Zentner Obst bester Qualität. Durch Bertreten wurden noch 3 Zentner vernichtet.

Der Eisenbahnverwaltung müßte es doch möglich sein, durch Anstellung von Wächtern größere Diebstähle zu verhindern.

* **Erhöhte Eintrittspreise im Stadt-Theater.** Von heute Montag, den 1. Oktober an werden die Eintrittspreise nach dem Beschlusse der städtischen Körperschaften um ein Weniges erhöht. Die neuen Preise sind aus dem heutigen Anzeigenteil zu ersehen. Gleichzeitig erfahren auch die Militär- und Studentenkarten eine Preiserhöhung von 30 bis 50 Pfg. Für Militärpersonen stehen ferner auch Plätze auf der Sphäralie, und für Studenten Plätze im I., II. und III. Rang zu ermäßigten Preisen zur Verfügung.

* **30 Jahre in einem Hause wohnt mit dem heutigen 1. Oktober das Hugo Wüde'sche Ehepaar Sülzenstraße 23.**

* **Vernunftig ist in der Gasanstalt Dürrgön am Sonntag nachmittag die 42 Jahre alte Frau Müller aus Ostschin; sie ist an der Feldbahn beim Kohlenabfahren beschäftigt gewesen und dabei ist ihr ein Fuß von einer Bohrer schwer gequetscht worden. Sie wurde von Samaritern der Feuerwehr ins Wenzel-Hande-Krankenhaus geschafft.**

* **Einbruchdiebstahl.** In der Nacht zum 28. September sind aus dem Haus für Friesenstraße 28 vier messingene Verzierungsköpfe gestohlen worden. — Am 27. September, nachmittags, brach ein Dieb in eine Wohnung Seinauerstraße 12a ein und entwendete 8 Hemden, 3 Pfund Schweinefleisch, 1 Pfund Miesest, 1 Pfund Butter und 3 Eier. — Am demselben Tage ist die Kuchzeile Nr. 188 des städtischen Schlachthofes erbrochen und es sind daraus ein halber Schinken und 3 Pfund Weißbraten gestohlen worden. — Aus dem Lagerraum Nikolaistraße 32 wurden in der Nacht zum 28. September 6 Zentner Keffel erster Sorte entwendet.

* **Ein Saal Zwiebeln gestohlen.** Am 27. September, vormittags, wurde einem Gefreiten auf der Straßenbahnhaltestelle auf dem Wilhelmplatz ein rotgestreifter Saal, enthaltend 88 Pfund Zwiebeln, entwendet.

* **Ueberfahren wurde am Sonnabend, 9 1/2 Uhr vormittags, am Chlan-Ufer ein Laternenwärter von der Gabisstraße durch einen Straßenbahnzug. Er erlitt Kopf- und innere Verletzungen und wurde von Sanitätsmannschaften der Feuerwehr ins Allerheiligen-Hospital geschafft. — Ebdorthin schafften diese Mannschaften am Nachmittage 1 1/4 Uhr einen 6 Jahre alten Schüler von der Sonnenstraße, der auf dieser Straße von einem Wohnauto überfahren wurde und innere Verletzungen erlitten hatte.**

* **Schuppenbrand in Rosenthal.** Am Freitag ist in Rosenthal eine zur Rosenthaler Zuderfabrik gehörige Scheuer, in der sich Fischgeräthe befanden, in Brand geraten. Auch die Breslauer Landwehr hat sich an den Löscharbeiten beteiligt. Die Brandursache ist nicht ermittelt worden.

* **Die Feuerwehr wurde am Freitag, abends 10 1/2 Uhr, nach Graben 9 gerufen, wo in einem Lichtschacht im Lagerkeller des Vorberhaujes Papierabfälle, vermutlich durch Einwerfen eines brennenden Streichhölzchens, in Brand geraten waren. Die Wehr löschte das Feuer mit einem Eimer Wasser ab. — Nach 11 Uhr abends wurde sodann die Feuerwehr nach dem Grundstück Matthiasstraße 55 gerufen, um dort einen Stubenbrand abzulöschen, fand aber das Feuer bereits durch Hausbewohner beseitigt. Im ersten Stock des Annergebäudes waren im Kleiderkasten in einer Wollkugel, hauptsächlich durch unvorsichtiges Umgehen mit offenem Licht, Kleider in Brand geraten, der auch den Schrank selbst ergriffen hatte.**

Schlesien und Posen.

Strehlen, 1. Oktober. 25 Jahre im Amt. Bürgermeister Neumann konnte am Sonnabend auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Stadt Strehlen zurückblicken.

Münsterberg, 1. Oktober. In schredlicher Weise verunglückte in der Nähe von Reindorf der von einem Botengange heimkehrende Schulknabe Paul Werner. Er wurde von einem aus Neu-Altmansdorf kommenden Wagen überfahren und fortgeschleift. Dem bedauernswerten Knaben war ein Bein gebrochen und die rechte Gesichtshälfte derart zerstückelt, daß durch die aufgerissene Wange die Zähne freilagen. Er wurde in das Kreiskrankenhaus überführt.

Koschmin, 1. Oktober. Großes Schandfeuer. Amlich wird gemeldet: Am 27. September morgens gegen 7 Uhr brach im Kesselhause des Sägewerks und der Flodenfabrik in Koschmin Feuer aus, das in die letztere übersprang. Dabei sind etwa 1000 Zentner Floden verbrannt. Etwa 7000 Zentner Kartoffeln, die außerhalb des Fabrikgebäudes untergebracht waren, sind erhalten geblieben. Das Kesselhause und das Sägewerk sind zum Teil ein Opfer des Feuers geworden. Brandflut liegt zweifellos nicht vor, vielmehr ist das Feuer auf kurzem Wege zurückzuführen.

Zagan, 1. Oktober. Eine geheime Schlächterei entdeckt. Vor kurzem wurden beim Gashofbesitzer Stephan in Kupper durch den Gendarmerie-Wachtmeister 135 Pfund Fleisch und zwei Rindleder beschlagnahmt, welche von einer geheimen Schächterelei herrühren.

Zagan, 1. Oktober. Zeitungsauflauf. Durch Verkauf ist, wie das Zaganer Wochenblatt meldet, die Herzogliche Hofbuchdruckerei Carl Kochpel mit Verlag der Niederschlesischen Allgemeinen Zeitung (Zaganer Wochenblatt), des Zaganer Kreisblattes, sowie der Rud. Schoenbornschen Buchhandlung samt Hausgrundstück Alter Ring 17 in das Eigentum des Buchdruckereibesizers Herrn Beniamin Strauß aus Zagan übergegangen. Die Besondere der Besondere an der Ober- in Zagan, abzugeben. Die Zeitung „Allgemeine Zeitung“ ist lange im Verlage...

